Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 275 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Dienstag, den 24. November | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1925

Wortlaut des Locarnogesetzes

Der Reichsrat stimmt zu.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ging dem Reichsrat zu und wird Montag den Reichstag beschäftigen. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Den Verträgen, die dem am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Schlußprotokoll beigefügt sind und am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnet werden sollen, nämlich 1. dem Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, 2. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien, 3. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich, 4. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen, 5. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wird zugestimmt.

Artikel 2. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun.

Artikel 3. Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft.

Berlin. Der Reichspräsident.

Der Reichsrat stimmte der Regierungsvorlage über die Ermächtigung zu den Locarnoverträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit 46 gegen 4 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen in erster und zweiter Lesung zu. Enthalten haben sich Hessen-Nassau, Bayern und Württemberg. Gegen die Vorlage stimmten die preußischen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien und der Freistaat Mecklenburg-Schwerin.

Reichskanzler Dr. Luther hatte die Fraktionsführer der im Rumpfkabinett noch vertretenen Parteien empfangen, um ihnen vertraulich die Richtlinien, die das Kabinett seinerzeit der Delegation für die Verhandlungen in Locarno gegeben hat, zu übermitteln. Eine Veröffentlichung der Richtlinien findet nicht statt.

Rücktritt des Reichsjustizministers

Seine Ablehnung von Locarno.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat der Reichspräsident nunmehr den Reichsminister der Justiz, Dr. Frenken, in Genehmigung seines Entlassungsgesuches von seinen Ämtern als Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete entbunden.

*

In dem Schreiben, das Dr. Frenken an den Reichskanzler gerichtet hat, erwähnt er, er habe unmittelbar nach der Annahme des Locarnovertrages durch die Reichsregierung erklärt, daß er bei einer Neubildung oder bei einer Umbildung der Regierung mit Rücksicht auf seine ablehnende Haltung gegenüber dem Locarnovertrag und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bereits gebeten habe, von einer erneuten Berufung Abstand zu nehmen.

Neue Rheinlandverordnung.

Die Rheinlandkommission hat eine neue Verordnung erlassen, die nach der Aufhebung der bisher gültigen Ordonnanzen in Kraft tritt. Entsprechend der infolge des Paktes von Locarno neugeregelten Verhältnisse im besetzten deutschen Gebiet bedeutet diese Neuregelung eine erhebliche Einschränkung der Befugnisse der Besatzung. Zunächst treten entgegen dem bisherigen Zustande deutsche Gesetze im besetzten Gebiete ohne weiteres in Kraft, nur müssen sie 48 Stunden vorher der Rheinlandkommission zur Kenntnis zugesandt werden. Im übrigen werden die polizeilichen Befugnisse der Besatzung neu geregelt, die sich im großen und ganzen in dem Rahmen halten, der für die Sicherheit der Truppen notwendig erscheint. So werden neu geregelt die Bestimmungen über Versammlungen und Umzüge, Theater- und Lichtspielvorführungen, Schankkonzessionen usw. Nach wie vor ist das Betreten des besetzten Gebietes durch Angehörige der deutschen Wehrmacht nur mit besonderer Erlaubnis gestattet. Die bisher von den deutschen Behörden halbmonatlich einzureichenden Informationsberichte an die Rheinlandkommission fallen in Zukunft fort.

Über das Ausmaß der Amnestie im besetzten Gebiet sind irgendwelche bestimmten Beschlüsse noch nicht gefaßt; es wird darüber zwischen den beteiligten Regierungen verhandelt.

Umgruppierung der Besetzungstruppen.

Die französische Zeitung „Figaro" will erfahren haben, daß die durch die Räumung der Kölner Zone nötig gewordene Umgruppierung der Besetzungstruppen in den Rheinlanden gewisse Folgen nach sich ziehen werde. Man glaube, das französische Oberkommando wolle im besetzten Gebiet nur einen schwachen Teil des Besetzungsheeres zurücklassen und den Rest in Lothringen und im Unterelsaß unterbringen. Unter dieser Bedingung sei die Anwesenheit eines Kommandos in Mainz nicht mehr nötig. General Guillaumat werde sein Hauptquartier in eine Stadt an der Mosel verlegen, wahrscheinlich nach Metz. Übrigens kündige man an, daß General Guillaumat demnächst seine Stellung aufgeben werde. Er werde nach Paris zurückkehren, um die Stellung eines Stellvertretenden Chefs des Obersten Kriegsrates einzunehmen.

Wie aus Koblenz gemeldet wird, wird die der französischen Armee unterstellte Gendarmerie auch weiter bo-

...gen bleiben. Obgleich die Gendarmerie in der Hauptsache Vollzugsorgan der Delegierten gewesen ist, wird sie mit der Aufhebung der Bezirks- und Kreisdelegationen nicht aus dem Rheinland entfernt, sondern ihre Tätigkeit als Armeegendarmerie beibehalten.

*

Das Weißbuch über die Entwaffnung.

Der Oberbefehl in der Reichswehr.

Die Reichsregierung hat nunmehr dem Reichstage das angekündigte Weißbuch über die Entwaffnungsfrage zugeleitet. Es enthält die Noten vom 23. Oktober, vom 6. November und vom 16. November und die Erklärungen des Generalsekretärs der Botschafterkonferenz vom 14. November. Diese vier Dokumente sind bereits veröffentlicht worden. Neu in dem Weißbuch sind die Aufzeichnungen über den Verlauf der zwischen dem 6. und 14. November in Berlin und Paris geführten Verhandlungen sowie die Anlagen zur Note vom 23. Oktober, soweit sie den Oberbefehl in der Reichswehr und die Behandlung der privaten Verbände und Organisationen umfassen. In beiden Fällen wird jetzt der Wortlaut der Verordnungen bekantgegeben, die auf Grund der geführten Verhandlungen von der Reichsregierung erlassen werden sollen. Die Verordnung über den Oberbefehl in der Reichswehr wird u. a. folgendermaßen lauten:

1. **„Der Reichspräsident ist oberster Befehlshaber der gesamten Wehrmacht. Er übt das militärische Verordnungsrecht aus.**

2. **Der Reichswehrminister übt unter dem Reichspräsidenten die Befehlsgewalt über das Heer aus. Das Reichswehrministerium, die Oberbefehlshaber der Gruppen und die Divisionskommandeure, soweit sie nicht durch Abschnitt 4 den Oberbefehlshabern der Gruppen nachgeordnet sind, unterstehen ihm unmittelbar, ebenso die Landeskomandanten hinsichtlich ihrer besonderen Obliegenheiten.**

3. **Der Chef der Heeresleitung gehört dem Reichswehrministerium an. Er ist der militärische Berater des Reichswehrministers und sein Vertreter in militärischen Angelegenheiten des Heeres."**

Es folgen dann eine Verordnung, die sich mit den privaten Verbänden und Organisationen befaßt und weiter vier Listen über den augenblicklichen Stand der Entwaffnungsfrage.

*

Wirtschaft und Locarno.

Für und wider den Pakt.

Zum Vertrage von Locarno haben, wie offiziös mitgeteilt wird, zahlreiche führende Männer, besonders aus der Wirtschaft, auf eine aus ihren Kreisen gegebene Anregung hin, sich zu einer Erklärung vereinigt, in der es heißt, daß sie, die in verschiedenen parteipolitischen Lagern und zum großen Teile außerhalb jeder parteipolitischen Tätigkeit stehen, es für ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke halten, zu erklären, daß sie die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno als notwendig erachten. Gewiß stehen dem ernste Hemmungen in der Auffassung vieler guten Deutschen entgegen, aber diese Hemmungen müssen überwunden werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in der Welt verlangen zu ihrem Wiederaufbau eine ruhige und stetige Entwicklung. Sie sehen, wenn die Vereinbarungen von Locarno abgelehnt werden, keinen geeigneten Weg, um ein solche Entwicklung anzubahnen.

Aus der Fülle der Unterzeichne, deren Zahl in die Hunderte geht, seien die bekanntesten Namen erwähnt: Geheimrat Arnhold-Dresden, Kommerzienrat Bamberg-Berlin, Robert Bosch-Stuttgart, Geheimrat Deutsch-Berlin, Geheimrat Duisberg-Leverkusen, Carl Fürstenberg-Berlin, Arthur von Gewinner, Adolf Harnack, Geheimrat Professor Kahl, Franz von Mendelssohn, Professor Nernst, Opel-Rüsselsheim, Geheimrat Professor Planck, Kommerzienrat Pschorr-München, Präsident Rießer, Dr. von Stauß, Fritz Warburg-Hamburg u. a. m.

Demgegenüber erläßt die „Deutsche Industriellenvereinigung" eine Kundgebung, in der sie mitteilt, daß sie in einer Eingabe an den Reichspräsidenten ausdrücklich erklärt, daß sie für die hinter ihr stehenden Wirtschaftsteile mit aller Entschiedenheit die Annahme des Paktes von Locarno ablehnt. Sie erklären im letzten Augenblick nochmals öffentlich, daß sich die Annahme des Paktes von Locarno mit wirtschaftlichen Gründen unter keinen Umständen begründen läßt. Der Pakt von Locarno bedeutet nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich eine unerträgliche Fesselung und verhindert auf unabsehbare Zeit den Wiederaufbau einer selbständigen deutschen Nationalwirtschaft.

Wie die Pressestelle der deutschnationalen Reichstagsfraktion mitteilt, hat der frühere Reichsminister Schiele gleichzeitig mit seinem Urlaubsgesuch den Vorsitzenden der Fraktion zu der Erklärung ermächtigt, daß er dem Vertrag von Locarno ablehnend gegenüberstehe und im Falle seiner Anwesenheit diese ablehnende Haltung auch durch seine Abstimmung zum Ausdruck bringen werde.

*

Kommt die „Große Koalition"?

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns aus Berlin geschrieben:

Der Entschluß Dr. Luthers, nach Unterzeichnung des Vertrages von Locarno von seinem Reichskanzlerposten zurückzutreten, hat in die innerpolitische Verwirrung rasch volle Klarheit hineingebracht. Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich beschlossen, gegen die Unterzeichnung zu stimmen, wenn die Deutschnationalen bei ihrer Ablehnung verblieben. Aber schon damals, als nur noch Reichstagsneuwahlen eine Lösung zu bringen schienen, war durchgesickert, daß die Sozialdemokratie mit sich reden lassen würde, wenn man ihr den Reichskanzler Dr. Luther opfern würde. Er hat sich nun selbst geopfert. Und zwar mit einer gewissen Selbstverständlichkeit. War er doch der Vertreter der Neigung nach rechts in der Regierung, die im Januar dieses Jahres begann, als die Bemühungen des früheren Reichskanzlers Marx, eine Regierung von Demokraten bis Sozialdemokraten zustande zu bringen, am Widerstand der Demokraten gescheitert waren, die mit den Deutschnationalen nicht zusammengehen wollten.

Außenpolitisch ist die Haltung der Reichstagsparteien klar geworden durch die Beratungen, die sie am Toge des Wiederzusammentritts des Reichstages abgehalten haben. Der Vertrag von Locarno wird von der Mehrheit des Reichstages gebilligt werden; daran besteht jetzt kein Zweifel mehr. Gegen ihn sind geschlossen die Deutschvölkischen, die Deutschnationalen und die Kommunisten. Auf eine Absplitterung aus den Kreisen der Deutschnationalen im Sinne einer Billigung der Unterzeichnung rechnet man auch in den Parteien der Mitte nicht mehr, weil dieser Partei einerseits die „Rückwirkungen" zu gering erscheinen und die Regierung sich weigert, ihrem Verlangen, in London und Paris eine genaue Auslegung der Artikel 1 und 2 des Westpaktes zu fordern in der Richtung, ob damit ein Verzicht auf deutsches Land ausgesprochen werde, nachzukommen. Die Regierung begründete ihre Weigerung damit, daß ein derartiges Verlangen nach authentischer Auslegung den ganzen Vertrag von Locarno aufs stärkste gefährden würde. Übrigens sollen hierin auch die Gründe zum Rücktritt des bisherigen Reichsjustizministers Dr. Frenken liegen, der ja auch Minister der besetzten Gebiete ist.

Von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie ist man für die Billigung der Unterzeichnung; die Sozialdemokratie begründet das damit, daß sie die Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund gewähren müsse, um sich nicht international bloßzustellen, da sie immer schärfste Befürworterin dieses Eintritts gewesen sei. Die Deutsche Volkspartei hat einstimmig den Zustimmungsbeschluß gefaßt, während die Wirtschaftspartei noch schwankt. Die Bayern sind für die Unterzeichnung, ebenso — ohne besonderen Beschluß — das Zentrum.

Die Demokraten haben in ihrer Fraktionssitzung auch gleich noch die Frage der Regierungsumbildung behandelt. Diese Partei ist gegen die „Regierung der Mitte" ohne Sozialdemokratie: sie ist für die Große Koalition. Ebenso das Zentrum. Die Sozialdemokratie ist natürlich gleichfalls dafür, während in der Deutschen Volkspartei sich noch einige Widerstände zeigen. Man glaubt aber, daß diese Widerstände nach der Abstimmung über Locarno schwinden werden, weil dann auf die Zustimmung der Sozialdemokratie in dieser entscheidenden außenpolitischen Frage hingewiesen wird. Namentlich setzt sich Dr. Stresemann für die Große Koalition ein; bei der bevorstehenden innerpolitischen Auseinandersetzung erscheint er auch angesichts seiner großen parlamentarischen Erfahrungen als gegeben für den Posten des Reichskanzlers. Mehr noch als Luther ist er der Träger des Werkes von Locarno und sein kräftigster Vorkämpfer.

Möglicherweise wird mit ihm, der am 13. August 1923 schon einmal die Große Koalition zusammenbrachte, als künftigem Reichskanzler zu rechnen sein. Marx wird als zweitnächster Anwärter genannt. So steht die Regierung vor einer klaren Lage, und die Debatten über Locarno werden am Endresultat nichts mehr ändern.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichsgesetz zur Fürstenabfindung.

Im Preußischen Landtag ist ein Antrag der demokratischen Fraktion eingegangen, der die Staatsregierung ersucht, die Reichsregierung zu veranlassen, unverzüglich ein Reichsgesetz einzubringen, nach dem die Abfindung der ehemaligen Fürstenhäuser durch Landesgesetz zu regeln ist mit der Maßgabe, daß der in Reichsmark festzustellende Abfindungswert nicht in höherem Prozentsatz zu erstatten ist, als den Besitzern von Staatsanleihen nach dem Anleiheablösungsgesetz gewährt wird.

Hilfe für die Landwirtschaft.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation über die Notlage der deutschen Landwirtschaft eingebracht, in der betont wird, daß auch ein nur noch wenige Wochen andauerndes Bestehen der Kreditnot zu einer Entwurzelung des ländlichen Grundbesitzes in bisher noch nie dagewesenem Maße führen müsse. Die Folge würde schon im nächsten Jahr ein Rückgang der Möglichkeit der Beschäftigung von Arbeitskräften auf dem Lande und ein Rückgang der landwirtschaftlichen Gesamterzeugung sein. Es werden dringende Maßnahmen gefordert, um die ungeheure Kreditnot rasch und wirksam zu beheben. Es wird dann ferner gefordert, daß die unbedingt gebotene Herabminderung des Bedarfs der öffentlichen Verwaltungen, vor allem der Kommunen, schleunigst herbeigeführt wird.

Die Große Koalition in Baden gescheitert.

Nach den Neuwahlen zum Badischen Landtag haben

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Beim Rücktritt des Kabinetts Luther nach der Vertragsunterzeichnung in London wird der jetzige Reichsjustizminister Frenken nicht mehr in die Regierung zurückkehren.

* Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf über die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist vom Reichsrat genehmigt worden.

* Die Sozialdemokraten werden im Reichstag der Regierungsvorlage über Locarno zustimmen.

* Die Königinmutter Alexandra, Witwe König Eduards VII. von England, ist gestorben.

in Baden Verhandlungen über die Neubildung der Regierung stattgefunden. Die Bemühungen um Bildung einer Großen Koalition in Baden sind vorläufig gescheitert. In einer volksparteilichen Erklärung wird hierzu ausgeführt, daß die drei Parteien der Weimarer Koalition die Kritik der Fraktion der Deutschen Volkspartei an den Maßnahmen des Innenministers Remmele und des Staatministeriums anläßlich des Besuches des Reichspräsidenten von Hindenburg zum Anlaß genommen haben, die Große Koalition in Baden fallenzulassen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der frühere Berliner Stadtverordnetenvorsteher und sozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Hermann Weyl ist im Alter von 59 Jahren einem Herzleiden erlegen.

Paris. Die Französische Kammer beschloß mit 294 gegen 250 Stimmen, in die Einzelberatung der Artikel des Finanzsanierungsplanes der Regierung einzutreten.

London. Die indische Regierung, die nach dem Kriege deutschen Staatsangehörigen die Einreise auf fünf Jahre gesperrt und diese Politik bis jetzt unverändert aufrechterhalten hat, beschloß nunmehr, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und die Einreise Deutscher nach Indien genau so zu behandeln wie die anderer Ausländer.

Rom. Die italienische Delegation, die sich zur Unterzeichnung des Paktes von Locarno nach London begeben wird, wird bestehen aus dem Führer der italienischen Delegation in Locarno, Senator Scialoja, ferner aus dem Mitglied der gleichen Delegation Marquis Medici del Vascello und dem Rechtssachverständigen Pilotti.

Deutscher Reichstag.

(122. Sitzung.) CB. Berlin, 21. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag des Reichsinnenministers auf Genehmigung zur Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Heckert, Remmele, Koehnen und Stöcker wegen Hochverrats dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Darauf wurde die Aussprache über den deutsch-italienischen Handelsvertrag fortgesetzt.

Die Angriffe auf Italien.

Zuerst verlas Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Erklärung, in der er bedauerte, daß in der gestrigen Aussprache scharfe Angriffe gegen die italienische Regierung und gegen den italienischen Ministerpräsidenten gerichtet worden seien. Es sei bedauerlich, so heißt es in der Erklärung, daß die Gelegenheit der Beratung eines Wirtschaftsvertrages benutzt sei, um Gegensätze der Welt- und Staatsanschauung zu erörtern. Es sei seine selbstverständliche Pflicht, gegen diese Angriffe, namentlich gegen die Form, in der sie erhoben wurden, hier Einspruch zu erheben. (Zurufe und Unruhe rechts und links.) Bei der Beratung des Locarnovertrages und bei der Aussprache über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund werde die Regierung beweisen, daß sie sich der Pflichten durchaus bewußt sei, die ihr aus den kulturellen Zusammenhängen der deutschen Stämme in der Welt erwachsen.

Abg. Graf Reventlow (Völk.) protestierte gegen die Behandlung der Deutschen in Südtirol durch die italienische Regierung, die einen unerhörten Terrorismus gegen alles Deutsche anstellte. Angesichts der Empörung des deutschen Volkes über die deutschfeindliche Politik der italienischen Regierung und Mussolinis werde der auch sachlich sehr anfechtbare Handelsvertrag keine Befriedigung erwecken.

Abg. Stöcker (Komm.) verurteilte gleichfalls scharf die Mussolinische Politik gegen die deutschen Minderheiten in Italien. Es sei ein starkes Stück, wenn Dr. Stresemann vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Möglichkeit zum Schutze von Deutschlands Minderheiten erwarte. Der Völkerbund sei genügend gekennzeichnet durch sein Verhalten zum Saargebiet, zu Danzig, Oberschlesien und anderen Gebieten. Die Kommunisten würden den Handelsvertrag ablehnen.

Damit war die Aussprache beendet. Der Handelsvertrag und die damit in Verbindung stehenden Abkommen wurden dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen, ebenso ohne Aussprache die weiter auf der Tagesordnung stehenden Zollabkommen mit Österreich und der Schweiz. Es folgte die erste Beratung des

Notetats für 1925,

der solange gelten soll, bis der ordentliche Etat verabschiedet ist. Dabei protestierte der Abg. Stöcker (Komm.) gegen die Annahme dieses Notetats, der hier einer Regierung bewilligt werden müßte, die der Reichstag noch gar nicht kenne.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärte, es mute wie ein schlechter Witz an, wenn die Regierung einen solchen Notetat vorlege und dem Reichstage zumute, in so nonchalanter Form sein Budgetrecht preiszugeben. Das Parlament könne unmöglich den Notetat einer Regierung bewilligen, von der man noch nicht weiß, wie lange sie noch besteht.

Damit war die erste Lesung beendet. In der zweiten Beratung beantragte Abg. Dr. Hertz (Soz.), den Notetat bis zum 31. Dezember zu befristen. Ein Regierungsvertreter erklärte, mit der Befristung bis zum 31. Dezember d. Js. könnte sich die Regierung abfinden, wenn die Aussicht bestände, die Etatsberatung im Dezember zu erledigen; das sei aber sehr zweifelhaft. Der Antrag auf Befristung bis zum 31. Dezember 1925 wurde angenommen und die dritte Beratung auf Vorschlag des Präsidenten Löbe ausgesetzt, um inzwischen eine Verständigung der Parteien über eine evtl. andere Frist zu versuchen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Montag, wo die erste Beratung des Locarnovertrages und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund beginnt.

Königinmutter Alexandra †.

Die Königinwitwe Alexandra ist auf ihrem Witwensitz Sandringham in Norfolk, dem Lieblingsaufenthalt des verstorbenen Königs Eduard, den Folgen eines vor kurzem erlittenen Schlaganfalls erlegen.

Die Verstorbene hat ein Alter von 81 Jahren erreicht. Sie war eine Tochter des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der im Jahre 1863 als Christian IX. den dänischen Königsthron bestieg. Im Alter von 18 Jahren vermählte sie sich mit dem um drei Jahre älteren britischen Thronfolger Albert Eduard, dem späteren König Eduard VII. Zu Beginn ihrer Ehe mußte sie ihre ganze Geschicklichkeit aufbieten, um sich, die fast ohne Vermögen geheiratet hatte, gegen die englische Aristokratie durchzusetzen. Sie konnte dies nur, weil sie von ihrer Schwiegermutter, der Königin Viktoria, sehr unterstützt wurde. Von ihren Geschwistern war Prinz Wilhelm wenige Monate nach ihrer Hochzeit unter dem Namen Georg I. auf den griechischen Königsthron berufen worden, während ihre jüngere Schwester Dagmar als Maria Feodorowna die Gattin des Kaisers Alexander III. von Rußland wurde.

Infolge des Ablebens der Königinmutter sind die Feierlichkeiten, die für die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno Anfang Dezember in London vorgesehen waren, abgesagt worden. Die Unterzeichnung soll vielmehr ohne Feierlichkeiten vollzogen werden.

Die Beisetzung der Königin Alexandra.

Beileidstelegramm des Reichspräsidenten.

Die verstorbene Königinmutter Alexandra wird dem Vernehmen nach in der Kirche von Sandringham und sodann in der Westminster-Abtei aufgebahrt werden. Sie wird sodann in der St. Georgskapelle in Windsor die letzte Ruhestätte finden. Der Sarkophag soll die Särge des Königs Eduard und ihren eigenen umschließen.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem König und der Königin von England gelegentlich des Ablebens der Königinmutter seine Teilnahme ausgesprochen.

Nationaldenkmal für die Gefallenen.

Errichtung eines „Heiligen Haines".

Der auf Anregung der Reichsregierung vom Reichsrat gewählte, aus Mitgliedern des Reichsrats bestehende Ausschuß zur Errichtung des Nationaldenkmals für die im Weltkriege Gefallenen hielt unter Vorsitz des mit der Führung des Reichsministeriums des Innern beauftragten Reichswehrministers Dr. Geßler seine erste Sitzung ab. Der Beratung lagen die zahlreichen der Reichsregierung und dem Ausschuß zugegangenen Vorschläge zur Lösung der Denkmalsfrage zu Grunde. Der Ausschuß vertrat übereinstimmend den Standpunkt, daß die Errichtung eines kostspieligen monumentalen Bauwerkes mit Rücksicht auf die schweren Zeitverhältnisse nicht in Frage kommen kann. Unter den Vorschlägen erschien der Mehrheit des Ausschusses die Schaffung einer Weihestätte in der Reichshauptstadt oder die Errichtung eines „Heiligen Haines" im Herzen Deutschlands am geeignetsten. Auf Vorschlag des Ausschusses wurde der Reichskunstwart beauftragt, die in dieser Richtung sich bewegenden Pläne in Fühlungnahme mit Vertretern der deutschen Künstlerschaft als Grundlage für die weitere Behandlung der Angelegenheit zu prüfen.

500 Bündel Barmat-Akten.

Anklageschrift voraussichtlich zu Weihnachten.

Der Barmat-Untersuchungsausschuß hielt wieder eine kurze geschäftliche Sitzung ab. Der Vorsitzende, Reichstagsabg. Saenger (Soz.) teilte mit, daß der auf Grund eines Beschlusses der letzten Sitzung zum Studium der Akten gebildete Unterausschuß beim Oberstaatsanwalt am Kammergericht festgestellt hat, daß das Aktenmaterial bis jetzt auf über 500 große Aktenbündel angewachsen ist. Es sei damit zu rechnen, daß die Oberstaatsanwaltschaft sich über die Einreichung oder Nichteinreichung einer Anklageschrift um Weihnachten herum schlüssig geworden sein werde. Bis dahin sei eine Einsicht der Akten durch den Unterausschuß nicht angängig. Der Unterausschuß beschloß daher, die Untersuchungen auszusetzen, bis die zuständige Staatsanwaltschaft Anklage erhoben oder die Außerverfolgungsetzung der Beschuldigten beantragt hat. Der Vorsitzende betonte, daß die Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts die Angelegenheit so gefördert habe, wie das überhaupt nur möglich sei. Ein ganzer Stab von Beamten sitze seit Monaten Tag und Nacht über diesen Akten.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 24. November 1925

☐ **Keine Einschränkung des Telegraphendienstes.** Mehrfach sind Befürchtungen laut geworden, die Reichspostverwaltung plane einschränkende Maßnahmen für den Depeschenverkehr. Diese Befürchtungen sind wesenlos. Lediglich aus wirtschaftlichen Gründen werden unnötige und deshalb unrentable Leistungen vereinfacht oder zusammengelegt. Beschneidungen des Dienstes in bezug auf Zuverlässigkeit und Schnelligkeit sollen in keiner Weise stattfinden. Interessant ist in diesem Zusammenhange die Ansicht der Reichspostverwaltung, der Telegrammverkehr werde nicht wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gelangen. Die technischen Fortschritte für den Fernaustausch von Mitteilungen haben derartige Fortschritte gemacht, daß namentlich in der Geschäftswelt ein großer Teil der Depeschen durch die Benutzung von Fernsprecher usw. überflüssig geworden ist.

—* **Die öffentlichen Geldinstitute in der Provinz Westfalen.** Die Spareinlagen bei den westfälischen Sparkassen wuchsen im Oktober 1925 von 170 auf 177 Millionen Mark an. Die Giroeinlagen sind um 3 Millionen Mark auf 66,2 Millionen zurückgegangen. Die Gesamteinlagen bei den westfälischen Sparkassen sind also im Monat Oktober auf rund 244 Millionen Mark gestiegen. Im Oktober wurden ca. 13000 neue Sparbücher ausgestellt. Diese Monatsstatistik der westfälischen Sparkassen kann als zuverlässig gelten. Die von anderer Seite aufgestellte Vermutung, daß unter den mitgeteilten Zahlen auch erhebliche „Anleihen" von Sparkassen enthalten seien, trifft für die Spareinlagen durchaus nicht zu. Solche Beträge pflegen auf Scheck- und Kontokorrent-Konto gebucht zu werden, spielen aber dort keine Rolle, da sie nur ausnahmsweise und nur in geringem Umfange vorkommen. Die „öffentlichen Gelder", die bei den Sparkassen angelegt waren und Ende Juli nur noch 23 Millionen Mark betrugen, haben weiter abgenommen. Die Landesbank der Provinz Westfalen (einschließlich der Stellen Dortmund, Hagen, Bielefeld) hatte im Oktober 1925 einen Umsatz von 386 Millionen Mark. Die Bilanzsumme auf jeder Buchseite belief sich auf 108 Millionen Mark. Das Inkassogeschäft der Landesbank ist in dauerndem Steigen begriffen. Im Oktober wurden 123 000 Schecks im Werte von 31 Millionen Mark verarbeitet. Dazu traten 6400 Inkassowechsel im Werte von 3,3 Millionen Mark. Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt hatte im Oktober eine Zunahme von neuen Versicherungen im Betrage von 2 Millionen Mark.

—* **Schutz der Alt-Versicherten.** Der Schutz der Alt-Versicherten in der Lebensversicherung ist nunmehr durch Schaffung einer weit umfassenden gemeinnützigen

Dunkle Mächte.

21] Kriminal-Roman von **Friedr. L. Zöllner.**

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Elli blieb stehen und sah ihren Begleiter beklommen an.

„Es ist gewiß sehr dumm," sagte sie mit dem Versuch, zu lächeln, „aber mich stört jetzt alles, was nicht schön ist, so daß ich es fast wie einen körperlichen Schmerz empfinde. Als der Pfau eben diese fürchterlichen Töne ausstieß, da war es mir, als ginge ein Riß durch die ganze Schöpfung. Wie kann ein Wesen, das den Augen so wohltut, diese ohrenzerreißenden Laute von sich geben, die so klingen, als wären sie der Ausdruck von Niedertracht und Gemeinheit."

„Die Natur ist gerecht, gnädiges Fräulein," erwiderte Wallner. „Sehen Sie die Nachtigall, dies unscheinbare Tier, und welche süßen Töne birgt dafür ihre kleine Kehle!"

„Ja, es wäre doch aber so schön, wenn es etwas ganz Vollkommenes gäbe, etwas, das gleichzeitig Auge und Ohr erfreut, etwas, wovon man sich vorstellen kann, daß Gott am letzten Schöpfungstage sagte: „Es ist gut!"

Wallner ließ seinen Blick lange auf der Sprecherin ruhen, so daß sie den ihren errötend senkte.

„Vielleicht ist es gut, Fräulein Elli, daß das ganz Vollkommene nur selten ist," sagte er, „sonst würde es vielleicht etwas von seiner beglückenden, beseligenden Macht einbüßen. Vielleicht, daß uns die Nähe eines vollendet schönen und dabei ganz guten und reinen Menschen nur deshalb den Himmel verspricht, weil sie uns Erlösung aus den Disharmonien dieses Daseins verheißt. Möchten Sie nicht ganz gerne ein Veilchen Durst leiden, um sich einmal an einem frischen, kristallklaren Quell erquicken zu können?"

„Vielleicht haben Sie recht," sagte Elli. „Es ist etwas Wundervolles, in dieser unsicheren, ewig schwankenden Welt, einen Menschen gefunden zu haben, auf den man sich ganz fest verlassen und stützen kann. Ich, als Frau, sehe es mehr von dieser Seite. Ich möchte — — —"

Sie schreckte leicht zusammen, als hätte sie schon zu viel gesagt, und ein hilfloses Lächeln glitt über seine Züge.

Wallner ergriff ihre Hand und führte sie an die Lippen, und der lange, innige Kuß, den er darauf drückte, war beredter als alle Worte.

„Fräulein Elli," sagte er dann mit warmem, vollem Klang in der Stimme, „betrachten Sie mich stets als Ihren besten, Ihren allerbesten Freund, an den Sie sich in jeder Lebenslage wenden können. Wie sich unsere Beziehungen auch weiter gestalten mögen, ob sie nur Lust oder Leid bringen, das Eine soll Ihnen stets bleiben: der erprobte, zuverlässige Freund, dem nichts so teuer sein soll, wie Ihr Glück und die Ruhe Ihrer Seele."

In Ellis Augen standen Tränen und sie streckte ihm die Hand entgegen.

„Herr Wallner," sagte sie, „ich habe unbegrenztes Vertrauen zu Ihnen. Auch jetzt möchte ich Ihnen so gern — — Ich weiß nicht, ob Sie mich verstehen werden, ich bin ein nervöses, unberechenbares Ding. Auch jetzt wieder — — Aber lassen Sie uns einen Augenblick setzen, ich fühle mich schrecklich matt."

Sie standen gerade an einer Bank, von der aus der Blick über die in wunderbaren Lichtern und Farben spielende Fläche der Havel glitt. Wie ein matter Opal schimmerte der Wasserspiegel, und ein weißes Segel glitt lautlos an der Lichtung vorüber, die an dieser Stelle durch einen Ausschnitt in den Baumgruppen gebildet wurde.

„Sehen Sie," sagte Elli, „wie wunderbar das alles hier ist, und doch, und doch — die ganze Zeit über arbeitet eine Unruhe in mir und treibt mich fort, zurück nach Berlin. Ich weiß es nicht, was mich dorthin zieht, es ist wie ein Zwang. Mir ist, als würde ich nicht eher ruhig, als bis — — Herr Wallner" — und sie ergriff seine beiden Hände — „Lassen Sie mich zurück, lassen Sie mich!"

In ihrer Stimme zitterten Tränen.

Wallner hatte ihre Hände gefaßt und streichelte sie sanft, wie eine Mutter.

„Seien Sie ruhig" flüsterte er bewegt. „Ich will Sie gewiß nicht veranlassen, länger hier zu bleiben, wenn Sie das quält. Wir nehmen jetzt das nächste Schiff nach Wannsee und fahren heim."

„Nein, nein!" rief Elli, „ich möchte Ihnen den schönen Abend nicht verderben! Bleiben Sie mit den Eltern ruhig hier, ich fahre allein nach Hause."

„Fräulein Elli, glauben Sie wirklich, ich würde Sie allein fahren lassen? Nein, wir sagen Ihren Eltern, Sie fühlten sich nicht ganz wohl und brauchten Ruhe."

In diesem Augenblick kamen ihnen Herr und Frau Scharwächter, die sich offenbar gewundert hatten, daß ihnen die beiden nicht länger folgten, in dem Laubengang entgegen.

Wallner erhob sich.

„Fräulein Elli fühlt sich recht matt", sagte er, „ich wäre doch dafür, daß wir wieder heimkehrten."

Frau Scharwächter warf einen besorgten Blick auf ihre Tochter.

„Ich kann das jetzt bald nicht mehr länger mit ansehen", sagte sie. „In den nächsten Tagen konsultieren wir eine Autorität. Vielleicht, daß eine Badekur notwendig ist."

Schweigend begaben sie sich wieder zur Bootsstelle zurück und ließen sich zum Dampfer übersetzen, der sie in kurzer Zeit am Ufer des Wannsees an Land setzte.

Von dort ging es per Bahn nach Berlin zurück, und während der halbstündigen Fahrt herrschte eine etwas gedrücktes Schweigen. Jeder hing seinen eigenen Gedanken nach.

Nun aber geschah etwas Seltsames. Als man am Bahnhof ausstieg, lenkte Elli ihre Schritte nicht etwa der elterlichen Wohnung zu, sondern bog in den Tiergarten ein, und zwar schien es, als steuerte sie einem ganz bestimmten Ziel entgegen.

Wallner gab den Eltern ein geheimes Zeichen, sie gewähren zu lassen. Er mußte unbedingt herausbekommen, wohin es sie so stark gezogen hatte. So ließen sie sich denn von Elli führen, indem sie den Weg einschlugen, den das junge Mädchen unwillkürlich angab.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Gegen die hohen Vergnügungs- und Getränkesteuern.

Berlin. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages nahm einen Antrag Dr. von Campes (D. Vp.) an, auf die Gemeinden erneut dahin zu wirken, daß die Vergnügungssteuern auf ein unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ertragbares Maß herabgesetzt werden. Annahme fand auch ein Zentrumsantrag, auf die Gemeinden einzuwirken, daß die Getränkesteuern schon 1926 aufgehoben werden.

Mordversuch aus Eifersucht.

Dresden. Aus Eifersucht reichte ein 23jähriger Kaufmann seinem Kollegen Zyankali. Dieser spie aber das Gift sofort wieder aus. Der Täter wurde verhaftet. Das Gift hatte er von einem Dritten, der sich durch Diebstahl in den Besitz desselben gesetzt hatte, erhalten.

Das Memel-Direktorium zurückgetreten.

Memel. Der Präsident des Direktoriums, Borchert, überreichte dem Gouverneur des Memelgebietes, Zilius, sein Rücktrittsgesuch, da er die ihm in dem Schreiben des Gouverneurs Bodrys vom 5. Februar d. J. übertragenen Pflichten als erfüllt ansieht, nachdem das Memelgebiet einen Landtag besitzt. Somit hat auch gleichzeitig das Direktorium demissioniert. Die einzelnen Parteien haben sich verschiedentlich gegen eine Wiederernennung des Direktoriums ausgesprochen. — Die feierliche Eröffnungssitzung des Landtages findet am Montag statt.

Bombenattentat auf ein Kinematographentheater in Dublin.

Dublin. Ein Kinematographentheater, in welchem der englische Kriegsfilm „Ypern" vorgeführt wird, wurde durch eine Bombe vollständig zerstört. Zwei Polizisten wurden, als sie den Angriff verhindern wollten, erschossen. Ein weiterer Polizist wurde ernstlich verwundet. Die Explosion war in der ganzen Stadt zu hören; die Schaufensterscheiben in der Nachbarschaft wurden zertrümmert. Das Kinematographentheater war schon früher einmal von bewaffneten Republikanern überfallen worden. Bei dieser Gelegenheit wurde der Kriegsfilm geraubt. Der Eigentümer hatte jedoch einen neuen Film erhalten.

Verurteilung einer Räuberbande.

Magdeburg. Vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht hatte sich eine Räuberbande von 29 Angeklagten zu verantworten, die den Ort Hötensleben unsicher gemacht hatten. Die Bande arbeitete stets mit einer solchen Sicherheit, daß sie fast immer unbehelligt bleiben konnte. Der Anführer und vier weitere Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von 2½ bis 5 Jahren verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten geringere Gefängnisstrafen.

Zuchthaus für einen Gemeindevorsteher.

Langenwiesen (Thüringenr). Von dem Schöffengericht in Rudolstadt wurde der hiesige sozialdemokratische Gemeindevorsteher Worsch wegen Überschreitung seiner Befugnisse im Amte als Polizeioffizier, die er sich im Jahre 1923 gelegentlich des Einmarsches der Reichswehr in Thüringen hatte zuschulden kommen lassen, zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Gegen das Urteil hat Worsch sofort Berufung eingelegt.

Schlafkrankheit in Ostpreußen.

Königsberg. In dem ostpreußischen Kreise Elbing ist ein Fall von Schlafkrankheit festgestellt worden. Die von der Krankheit befallene Frau ist im Elbinger Hospital gestorben.

Umgruppierung der Besetzungstruppen

Paris. **Eine Havasmeldung aus Mainz dementiert die Gerüchte, nach denen der Generalstab der französischen Truppen aus Mainz nach einer anderen Stadt an der Mosel verlegt werden soll. Von einer Halbierung der Besetzungstruppen sei nie die Rede gewesen, obwohl man die Zurückziehung gewisser Einheiten ins Auge fasse. Am 1. Dezember würden die französischen Truppen die Räumung Wiesbadens beginnen. Dafür würden die englischen Truppen in die Stadt einziehen.**

Das Haager Mossulgutachten.

Haag. Das Haager Schiedsgericht hat auf die Rückfrage des Völkerbundrates über seine Kompetenz im Mossulstreit folgende Entscheidung gefällt: **Die vom Völkerbundrat zu fällende Entscheidung will für die Parteien bindend sein und will die zwischen der Türkei und Irak festzulegenden Grenzen endgültig feststellen. Die Entscheidung muß einstimmig erfolgen, und die Vertreter der Parteien dürfen an der Abstimmung teilnehmen. Jedoch dürfen ihre Stimmen bei der Festsetzung der Frage, ob Einstimmigkeit erzielt worden ist, nicht mitgezählt werden.**

Die Ursache des Unterganges des Unterseebootes „M 1".

London. **Die britische Admiralität beschuldigt in einer amtlichen Mitteilung den schwedischen Frachtdampfer „Vidar", das Unterseeboot „M 1" gerammt und dadurch zum Sinken gebracht zu haben. Es verlautet, daß aus Stockholm eine Depesche vorliege, wonach der Kapitän der „Vidar" zugibt, das U-Boot gerammt zu haben.**

Spiel und Sport.

Sp. **Beratungen des Bundes Deutscher Radfahrer.** Der B. D. R. trat in Hannover unter dem Vorsitz des Präsidenten Totschek-Stettin zu wichtigen Beratungen zusammen. Es wurde u. a. beschlossen, daß der Sportvertretertag für das Radsportjahr 1926 am 23. und 24. Januar in Erfurt stattfindet.

Sp. **Neue Schwimmi-Weltrekorde.** Weißmüller und Arne Borg, zurzeit wohl die beiden besten Kurzstreckenschwimmer der Welt, Arne Borg dazu einer der besten Längsstreckenschwimmer der Welt, stellten in Chikago zwei Weltrekorde auf. Arne Borg verbesserte Weißmüllers Weltrekord über ¼ Meile von 4:57 auf 4:53, dagegen drückte Weißmüller im 300-Yard-Freistilschwimmen die Welthöchstleistung seines schwedischen Klubkameraden von 3:16,4 auf 3:14 herab.

Sp. **Ein Boxkampf mit tödlichem Ausgang.** In Los Angeles fand ein Zehn-Runden-Kampf zwischen den mexikanischen Boxern Babe Monroy und Tony Escalante statt. Zu Beginn der zweiten Runde erhielt Monroy einen Schlag in die Herzgrube, der Monroy tot zu Boden warf. Monroy litt an einer Herzkrankheit, die nach den Erklärungen der Ärzte die tödliche Wirkung des Schlages verursachte.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. November.

* **Börsenbericht.** Zunächst machte sich ein gewisses Deckungsbedürfnis geltend, so daß die Stimmung zunächst ziemlich freundlich war, im weiteren Verlauf war jedoch die Tendenz wieder matter und es kam zu teilweise sogar nicht unerheblichen Abschwächungen, nur vereinzelte Spezialwerte lagen fester. Der Geldmarkt war weiter flüssig, tägliches Geld 7 bis 9,50, monatliches Geld 10—11,50%.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,32—20,37; holl. Gulden 168,70—169,12; Danz. 80,57 bis 80,77; franz. Frank 16,41—16,45; belg. 19,01—19,05; schweiz. 80,85—81,05; Italien 16,77—16,81; schwed. Krone 112,28—112,56; dän. 104,54—104,80; norweg. 85,59 bis 85,91; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,10 bis 59,24.

* **Badische Zentralhäuteauktion in Mannheim.** Bei der Häuteauktion erzielten (in Pfennigen pro Pfund): Ochsenhäute bis 29 Pfund 93,25, 30—49 Pfund 72,50—78,75, 50 bis 59 Pfund 71,25—76, 60—79 Pfund 80—85,25, 80—99 Pfund 80,25—84, 100 und mehr Pfund 77,75—79, mit Kopf 70,25, norddeutsche 47,75—50,50; in gleicher Gewichtsfolge Rinderhäute: 99, 85,75—93,25, 76,25—83,25, 80,25—91, 84,50, 70, 55—61; Kuhhäute 66—73,25, 63,25—71,25, 71,25—77,25, 80,25—81,50, 60,75—67,25, 46,25; Farrenhäute 98,25, 72,50—73,75, 57—61,50, 56—59,25, 51,50—51,75, 49,50, 45, 43,25; Kalbfelle bis 9 Pfund 154,50—164, über 9 Pfund 125 bis 132,25; norddeutsche Kalbfelle 112; Schuß 87; Fresserfelle 107,75.

* **Nutzviehmarkt.** (Amtlicher Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde.) Auftrieb: 708 Rinder, darunter 645 Ochsen, 1 Zugochse, 18 Bullen, 44 Stück Jungvieh, 153 Kälber, 535 Pferde. Verlauf: Etwas freundlicher, gute Kühe gesucht. Bei Pferden stilles Geschäft. Es wurden gezahlt in Reichsmark: A. Milchkühe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 400—550, 2. Qualität 300—400, 3. Qualität 200—300. Ausgesuchte Kühe und Kälber über Notiz. B. Tragende Färsen: 1. Qualität 250—430, 2. Qualität 160—230. Ausgesuchte Färsen über Notiz. C. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere, Färsen 36—40. Ausgesuchte Posten über Notiz. — Pferdemarkt: 1. Klasse 900—1200, 2. Klasse 600—900, 3. Klasse 300—600, 4. Klasse 50—300.

* **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Rinder 3089, darunter Bullen 700, Ochsen 835, Kühe und Färsen 1554, Kälber 2230, Schafe 6935, Schweine 8896, Ziegen 94, Schweine aus dem Auslande 507. Preise. Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete 50—54, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 43—48, c) junge fleischige, nicht ausgemästete 38—42, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 30—35; Bullen a) 50 bis 53, b) 44—48, c) 39—42; Kühe und Färsen a) 49—52, b) 40—46, c) 30—37, d) 23—28, e) 18—22; Fresser 33—40; Kälber b) 85—95, c) 70—80, d) 53—65, e) 42—50; Stallmastschafe a) 48—54, b) 37—42, c) 29—34; Schweine b) 93—94, c) 90—92, d) 85—88, e) 80—84; Säue 83—86; Ziegen 20—25. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig, fette Lämmer gesucht, ausgesuchte Rinder über Notiz. Die notierten Preise verstehen sich einschl. Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.

* **Butter.** 1. Qualität 2,00 M., 2. Qualität 1,75 M., abfallende Qualität 1,55 M. für 1 Pfund.

* **Produktenbörse.** Die zuletzt erzielten Preise für Brotgetreide konnten sich nicht behaupten, immerhin waren die Anfangsnotierungen für handelsrechtliche Lieferung nur wenig matter als die amtlichen Schlußkurse. Zeitweise waren Frühjahrsmonate wieder bevorzugt. Der Export scheint zu den erhöhten Forderungen für Weizen wie Roggen weniger leicht zu sein, einzeln herrscht Neigung bei den ausländischen Abnehmern zu Rückverkäufen. Das Angebot vom Inlande war von einzelnen Seiten etwas mehr zur Hand, im Durchschnitt aber noch immer verhältnismäßig klein und in den Forderungen nicht nachgiebiger, Gerste ziemlich fest, Hafer in feinen Exportqualitäten weiter begehrt, aber nicht teurer, sonst ruhig. Für Mehl waren Mühlenforderungen eher höher, aber nicht durchzusetzen. Futterartikel ruhig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	21. 11.	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Weiz., märk.	233-236	234-237	Weizkl. f. Brl	11,3-11,5	11,3-11,5
pommerscher	–	–	Roggkl. f. Brl.	9.6	9.3-9.6
Rogg., märk.	150-153	148-151	Raps	–	–
pommerscher	–	–	Leinsaat	–	–
westpreuß.	–	–	Viktor.-Erbs.	23-31.5	23-31.5
Braugerste	187-212	187-212	kl. Speiseerbs	22-24	22-24
Futtergerste	150-162	150-162	Futtererbsen	18-20	18-20
Hafer, märk	170-181	169-181	Peluschken	16-18	16-18
pommerscher	–	–	Ackerbohnen	19-22	19-22
westpreuß.	–	–	Wicken	22	20-25
Weizenmehl			Lupin., blaue	11.5-12.5	11.5-12.5
p. 100 Kil fr.			Lupin., gelbe	–	–
Bln. br. inkl.			Seradella	–	–
Sack (feinst			Rapskuchen	14,6-15	14,6-15
Mrk. ü. Not.)	29-33,7	29-33,5	Leinkuchen	21.7-22	21.7-22
Roggenmehl			Trockenschnzl	7,6-7,7	7,6-7,7
p. 100 Kil fr			Soya-Schrot	20,3-20 8	20,3-20.8
Berlin br.			Torfml. 30/70	9,1-9,3	9,1-9,3
inkl Sack	22-24,2	22-24,2	Kartoffelfl.	14.1-14 5	14,1-14,5

Büchertisch.

Ein Auskunftsbuch für Schwerhörige im Deutschen Reiche ist soeben erschienen. Es enthält das Neueste über Hörapparate, Sozialversicherungen, wertlose Mittel-, Schul-, Arbeits-, Vereins- und Verkehrswesen, Heilmethoden und Selbstbehandlung usw. Es kann vom Schwerhörigenverein München, München 2, Fach 116 zum Preise von 3 Mk. bezogen werden. (Nachnahme 3,50 Mk.)

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

MAGGI's Würze
sparsam verwenden
weil
sehr ausgiebig!

Amt Kierspe.

Gemäß § 17 der **Wahlordnung zu den Provinziallandtagen und Kreistagen** gebe ich die im Amt Kierspe festgesetzten Wahlbezirke, die Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter sowie die Wahlräume nachstehend bekannt:

Des Stimmbezirk Nr.	Der Stimmbezirk umfaßt die Ortschaften	Wahlraum	Wahlvorsteher	Stellvertreter
I	Schulbezirk Kierspe	Gastwirt Fr. R. Plate Kierspe	Hauptl. Müller Kierspe	Amtsbeigeord. Baukhage, Bremecke
II	Schulbezirk Kierspe-Bahnhof	Gasthof Bastian, Kierspe-Bhf.	Postmeister Baum, K.-Bhf.	Fabr.-Arb. Fritz Pollmann Kierspe-Bhf.
III	Schulbezirk Vornberg	Gastwirtsch. Grünenbaum	Lehrer Timmermann, Vornberg	Fabr.-Arb. Hugo Ackermann-Vorth
IV	Schulbezirk Berken-Bollwerk, ausschl. Feld Vornholt Lohfeld und Lammecke.	Gastwirtschaft Crummenerl-Bollwerk	Werkmeister Max Becker, Bollwerk	Lehrer Michel Bollwerk
V	Schulbezirk Mühlen-Schmidthausen einschl. Feld, Vornholt, Lohfeld, Lammecke	Gastwirt Neuhaus Neuenhaus	Lehrer Krüger Mühlen-Schmidthaus.	Fabr.-Arb. Josef Marquardt M.-Schmidthausen
VI	Schulbezirk Höckinghausen	Gastwirtschaft Funke-Kiersper-Neuenhagen	Lehrer Dittmar Höckinghausen	Fabr.-Arb. Carl Pelz Wilbringhausen
VII	**Gemeinde Rönsahl**	Gastwirtschaft Sure-Rönsahl	Gemeindevorsteher Buchholz Rönsahl	Klempnermstr. Wilhelm Bever Rönsahl

Die Wahl findet am 29. d. M. von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt.

Namens der Gemeindevorstände Kierspe und Rönsahl
Der Amtmann: Hiltebrandt.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister B ist unter Nr 3 bei der Firma **Bauverein Oberbrügge G. m. b. H. zu Oberbrügge** eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 6 November 1925 ist das Stammkapital auf 42 500 Reichsmark festgesetzt.

Meinerzhagen, den 17. Nov. 1925.

Preuß, Amtsgericht.

Husten, Atemnot, Verschleimung
Schreibe allen gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihrer Qual befreiten. — Nur Rückmarke erwünscht.
Walter Althaus,
Heiligenstadt (Eichsfeld) H 80.

Suchen Sie ?
für **Geschenkzwecke** passende Gegenstände
oder solche für den **täglichen Bedarf**
! Sie finden
bei mir in schöner Auswahl und preiswert
Porzellan- Steingut- Nickel- Glaswaren
Korb- Leder- Colloid- Stahlwaren
Holz- Bürsten- Papier- Schreibwaren
Kinderspielwaren
Erzeugnisse des Buchhandels u. s. w.
Wilhelm Bell jr., Halver
Fernsprecher 42. Kirchstraße 5.

Fahrräder

Nähmaschinen stets am Lager.
Reparaturen werden prompt und billigst ausgeführt.
Albert Linnepe, Halver.
— Telefon 192. —

KATALOGE
für die
Kleineisenindustrie
werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt.
Stelle aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung
Wilh. Bell jr., Halver.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Gemeinde Halver.

Ausschußsitzung
am Samstag, den 28. Nov. 1925,
nachmittags 2½ Uhr, im Lokal Fasbender.
Tagesordnung:
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.
2. Festsetzung des Voranschlages für 1926
3 Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1925.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Reisekörbe
zu haben bei **Wilh. Bell jr., Halver.**

Pelz- Mäntel -Jacken
sowie
Garnituren, Schals, Muffen, Hüte, Besätze in allen Fellarten eigener Verarbeitung.
Reparaturen, Umarbeitungen schnellst. u. preiswert
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Angezahlte Sachen werden ohne Aufschlag bis Weihnacht. reserviert.
Louis Wurm jr.,
Kürschnermeister,
Lüdenscheid.
Altrenommiertes Fachgeschäft.
Gegr. 1851. Tel. 624.

Möbl. Zimmer
zu vermieten.
Zu erfragen bei
F. H. Bohmer, Schalksmühle

Futtermittel!
Eingetroffen und auf Lager vorrätig:
Hammer Rapskuchen, Neußer Rapskuchen, Leinkuchen, Palmkuchen, Kokoskuchen, Weizenvollmehl, Weizenkleie, Erdnußmehl 54%, Baumwollsaatmehl 48-52%, Leinmehl 37-40%, Rapskuchenmehl, Soyaschrot, Zuckerschnitzel.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl.
Fernruf Nr 11.